

Vorwurf der „Mauschelkoalition“

Bruchköbeler Bürger-Bund entsetzt über Ablauf der jüngsten Haushaltsberatungen

Bruchköbel (pm/upn). Für die Beratung und Beschlussfassung der städtischen Haushalte galten bisher unter allen Beteiligten immer klare Regeln, erklärt der Bruchköbeler Bürger-Bund (BBB) in einer Pressemitteilung. Änderungsanträge seien in einer gesonderten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses öffentlich beraten und mit einer Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Für die sorgfältige Vorbereitung der Stadtverordneten sei sogar ein gesonderter Antragsschluss der Änderungsanträge vorgesehen gewesen.

„Die Mauschelkoalition aus CDU, Grünen und FDP hat diese Verfahrensregeln jetzt aus reinem Machtgehabe außer Kraft gesetzt. Offensichtlich war die Angst vor der öffentlichen Diskussion ihres auf Steuererhöhungen aufbauenden Haushalts zu groß“, sieht der BBB-Fraktionsvorsitzende Alexander Rabold eine neue „Arroganz der Macht“.

Den Stadtverordneten von BBB und SPD seien erst auf Nachfrage während der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung neun Änderungsanträge vorgelegt worden. Dies zudem nur in jeweils einem Exemplar pro Fraktion und nicht für alle Stadtverordneten. „Dabei lässt sich am Da-

tum der Anträge erkennen, dass diese fast zwei Wochen vor der Sitzung bereits fertig erstellt wurden“, sieht BBB-Stadtverordneter Harald Hormel eine klare Absicht der „Mauschelkoalition“.

„Eine intensive Diskussion im Fachausschuss und Herstellung der Öffentlichkeit war wohl nicht vorgesehen.“, wettet der BBB weiter. Zumal bei dieser Vorlaufzeit eine Einberufung des Haupt- und Finanzausschusses ohne Probleme möglich gewesen sei. Gerade die FDP hätte dies aus eigener Erfahrung mittragen müssen, findet der BBB. Schließlich habe sie selbst nach den ordnungsgemäß eingebrachten Anträgen des Jahres 2014 behauptet, dass sie einer Steuererhöhung nur irrtümlich zugestimmt hätte.

„Die Forderung nach Beratung eines 40 Millionen-Etats ohne jedem Stadtverordneten vorliegende Unterlagen belegt das fehlende Fachwissen und die mangelnde Sorgfalt der Verantwortlichen von CDU, Grünen und FDP“, sagte BBB-Vorsitzender Joachim Rechholz. Entsprechend wurde ein Antrag auf Beratung der neun Änderungsanträge im Fachausschuss auch abgelehnt. „Haushaltsberatungen ohne Unterlagen sehen wir als Missbrauch des Parlaments an und wollen so etwas nicht

mittragen. Transparentes Handeln sieht anders aus. Deshalb war es die logische Konsequenz diese Sitzung zu verlassen“, so Rechholz weiter. „Wir sind nicht das demokratische Feigenblatt der Haushaltsmauscheleien von CDU, Grünen und FDP“, bekräftigt Rabold die Ablehnung des Verhaltens der Mehrheit in der Bruchköbeler Stadtverordnetenversammlung durch den BBB.

Der diesjährige Haushalt weise keine ernsthaften Anstrengungen zu Sparmaßnahmen auf, bemängelt der BBB. Diese gesonderte Beschlussfassung außerhalb des Haushalts führe zu einer Erhöhung der sowohl Eigentümer wie Mieter belastenden Grundsteuer um 72 Prozent seit 2011. „Unsere Vorschläge zur Begrenzung der Kassenkredite, einer Verlängerung der Stellenbesetzungssperre und dem Verzicht auf neue Personalstellen hätten voraussichtlich eine über der diesjährigen Steuererhöhung liegende Summe erbracht“, verweist Rabold auf die Anträge des BBB, die wenigstens teilweise nun auch beschlossen worden seien.

Das Verhalten von Grünen und FDP könne zudem nur mit dem Wunsch nach scheinbarer Beteiligung an der Macht erklärt werden.

Die Angst vor dem Nein

Bruchköbel steht immer noch ohne Haushalt da – Wohnen in der Stadt wird teurer, die Kitas auch



Die Stadtidylle täuscht: In Bruchköbel stehen die Zeichen weiter auf Sturm. Eine Einigung in Sachen Haushalt ist nicht in Sicht.

Foto: Weber